

Volksmacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abgabepreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen des „Volksmacht“, Neus Gravenstraße 5 und Friedrichs-Platz 106, Walthausstraße 155, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. Einzelhefte im voraus zu entnehmen: wöchentlich 0,42 Rmt. + 6 Pf. Träger-Preispapier monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln. Subskriptionsgebühren 0,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftstelefon 21733, Redaktion 21735
Postfach-Konto: Postfach „Ami“ Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Veretns-, Verlammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unserlangt eingelebte Manuskripte werden aus Rücksicht auf den Leserkreis nicht abgedruckt, wenn Rückporto beiliegend

Die Londoner Ergebnisse in Gefahr!

Neue italienische Flottenvorlage in Sicht Starke Erregung in Paris

Die gewiß nur sehr bescheidenen Ergebnisse der Londoner Flottenkonferenz, die immerhin als ersten und entscheidenden Schritt die Einstellung des Wettbewerbs mit Großbritannien zwischen den drei führenden Seemächten gebracht und bereits in Gefahr, aufgehoben zu werden! Zunächst schien es, als könnte merkwürdigerweise der von dem Reichskabinett betriebene wichtige Reichsstaatsrat über den Bau des Panzerkreuzers B diese ungewöhnliche Konsequenz nach sich ziehen, an die man hierzulande natürlich nicht gedacht hatte. Jetzt aber droht in ungleich stärkerem Maße ein anderer Umstand, nämlich die Einbringung einer neuen italienischen Flottenvorlage zum Ausgangspunkt eines weiteren Wettbewerbs zur See zu werden. Das läßt sich mit einigen Worten erklären: Der Londoner Staatsrat zwischen England, der Vereinigten Staaten und Frankreich enthält eine Vorbehaltsklausel, wonach die verordneten Tonnagebeschränkungen und der beschlossene Rüstungsstillstand Geltung haben, sofern nicht Frankreich und Italien ihre Tonnage und die Zahl ihrer Großkampfschiffe erhöhen. Es wurde dabei die feste Hoffnung ausgesprochen, daß sich in Rom im Laufe der nächsten Zeit direkt einigen würden, daß man dann den Dreimächtepakt in einen Fünfmächtepakt umwandeln könnte.

bunden, so daß wir dabei immer den Kürzeren würden ziehen müssen. Bunt aber Frankreich neue Panzerkreuzer, dann wird Italien automatisch folgen — das hat die faschistische Regierung immer wieder angekündigt. Und dann — tritt eben jene Vorbehaltsklausel des Dreimächtepaktes in Aktion, die mächtigen Marinierungsinteressen in den USA werden leichtes Spiel haben, um ihre Forderungen durchzusetzen, so daß die Seemächte in London gebannte Gefahr eines neuen Wettbewerbs mit Großkampfschiffen abwärts der ganzen Menschheit droht! So könnte der Panzerkreuzer B jener kleine Stein sein, der schließlich eine Lawine in Bewegung setzt. Inzwischen sind die Aussichten für diesen deutschen Panzerkreuzer B bis auf weiteres sehr stark gesunken, nachdem sowohl die Demokraten wie das Zentrum im Reichstag ihre Ablehnung dieser Groenerischen Forderung angekündigt haben. Dafür droht jene andere Gefahr von Mussolini: über Nacht ist ein neues italienisches Flottenbauprogramm angekündigt worden, das einen 10 000-Tonnen-Kreuzer, zwei 5000-Tonnen-Kreuzer, vier Zerstörer und zweiundzwanzig U-Boote vorsieht. Natürlich macht sich in Paris eine starke Erregung bemerkbar und schon werden einflussreiche Stimmen laut, die eine entsprechende Antwort verlangen. Wieder einmal taucht das Gespenst der Vorbehaltsklausel auf, noch ehe die Londoner Konferenz Ergebnisse in London, Washington und Tokio ratifiziert sind! Wäre Italien ein demokratischer Staat mit einer starken Arbeiterbewegung, dann wäre es nicht allzu schwer, diese Gefahr zu bannen. Aber unter dem Faschismus genügt anheimelnd der Wille und der Begehr des „Duce“. Das macht die Befämpfung dieser Gefahr besonders schwierig. Indessen kann Italien nicht alles machen was es will. Es ist nicht nur gezwungen, auf gewisse finanzielle Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf den moralischen Druck der übrigen Welt. Hier gilt es unverzüglich, den Hebel anzusetzen und die neue Drohung den Völkern klarzumachen, die vom absolutistischen Faschismus ausgeht.

schläge gemacht. Den Unternehmern im Reichseisenbahnrat kam es aber auf vernünftige Reichsbahnpolitik nicht an; sie hatten nur ein Interesse, zu ihrem eigenen Vorteil unsoziale und aktionäre Klassenpolitik zu treiben und auch auf diesem Wege die Reparationslast des Deutschen Reiches für den verlorenen Krieg auf die arbeitenden Massen abzuwälzen. Daß Herr v. Guérard bei dieser Politik Pate gestanden hat, das ist es, was die Partei des Zentrums mit der denkbar schwersten Verantwortung nicht nur vor der Gesamtheit der Arbeitenden, sondern auch vor ihren eigenen Arbeiterwählern belastet. Das Reichskabinett hat jetzt darüber zu entscheiden, ob das vom Zentrum zugunsten der Unternehmer beeinflusste Gutachten des Reichseisenbahnrates mit seiner einseitigen und unklaren Erhöhung der Personentaxen zum Schaden der Gesamtheit und der Reichsbahn selbst Wirklichkeit werden soll oder nicht. Die Entscheidung über eine vernünftige Reichsbahnpolitik, die immer noch nicht zu einer allgemeinen Tarifserhöhung zu führen braucht, ist jetzt von den Ministern des Zentrums im Reichskabinett abhängig. Das muß der Arbeiterbewegung, bevor die Entscheidung gefällt wird, klar und deutlich ins Bewußtsein gehämmert werden.

Neuer Wahltag der französischen Sozialisten

Im Wahlkreis Lorient in der Bretagne wurde am Sonntag der sozialistische Kandidat L'Yveder im ersten Wahlgang mit 8784 Stimmen zum Mitglied der Kammer gewählt. Die Radikalen, die bisher den Wahlkreis in ihrem Besitz hatten, konnten nur 2500 Stimmen aufbringen. Die Rektionäre verloren von 3000 Stimmen beinahe die Hälfte. Sie erhielten 2800 Stimmen. Der „Matin“ glaubt, dazu bemerken zu können, daß zahlreiche Rektionäre für den Sozialisten gestimmt hätten, um den „Familienzwist“ im Lager der Linken zwischen Radikalen und Sozialisten zu verdrängen. Der sozialistische „Populaire“ erklärt, daß die Radikalen sich durch ihre Zusammenarbeit mit der Rektion in der Kommunalpolitik im Wahlkreis Lorient selbst kompromittiert hätten. Im Wahlkreis Argenteuil (Seine) wurde bei der Stichwahl am Sonntag der rektionäre Kandidat Bostin mit 7900 Stimmen gewählt. Ein sozialistischer Gegenkandidat Froment erhielt die verhältnismäßig hohe Stimmenzahl von 6900. Noch bei den letzten Kammerwahlen hatten die Linksparteien in dem Wahlkreis insgesamt kaum etwas über 1000 Stimmen auf sich vereinigen können.

Tarifierhöhung der Reichsbahn?

Die Rolle des Zentrums

Die vom Reichseisenbahnrat nach dem Vortrage des Verkehrsministers von Guérard getroffene Entscheidung über die Tarifforderungen der Reichsbahn ist keine wirtschaftliche, sondern eine ausserordentlich politische Entscheidung. Die Unternehmer haben die beantragte Erhöhung der Wagenladungstarife all gebracht und gegen den geschlossenen Widerstand der Arbeitervertreter aller Richtungen eine entsprechende Erhöhung der Personentaxen des „Eisenbahnverkehrs“ vorgeschlagen. Es ging nach dem Gesichtspunkt: andere Koalitionen, andere Herr von Guérard, der Verkehrsminister der Regierung hat die bisherige Politik des früheren Reichsverkehrsministers Stegerwald, des Zentrumministers des Kabinetts, einfach auf den Kopf gestellt und dem Reichseisenbahnrat für diesen Umfall die Verantwortung zugesprochen. Seine Rede im Reichseisenbahnrat die Unternehmer zwischen den Zeilen ganz eindeutig, daß die Reichsregierung der Tarifierhöhung wahrscheinlich zustimmen werde, wenn vom Reichseisenbahnrat die Erhöhung der Personentaxen statt der Erhöhung der Gütertarife verlangt werden würde. Es ist also ein ausgesprochen politischer Skandal, der hinter dem Beschluß des Reichseisenbahnrates steht, in dem die Gruppe der Unternehmer die absolute Uebermacht hat. Es ist ein Skandal, für den in erster Linie das Zentrum verantwortlich zu machen ist, der Zentrumminister von Guérard hat das Verhalten des Reichseisenbahnrates gewünscht, es zu verhindern. Was besagt der Beschluß des Reichseisenbahnrates? Die Reichsbahn will Geld, will 150 Millionen Mark, weil sie mit Betriebsrechnung nach ihrer Behauptung für die Bedienung der Reichsbahn diese Gelder unbedingt braucht, ob eine Tarifserhöhung notwendig ist, braucht im Augenblick nicht entschieden zu werden. Jedenfalls sollten 88 Millionen Mark aus der Neuordnung des Stadgtarife (50 Millionen) und aus der Erhöhung des Eprechtages und der Gepäcktarife (3 Millionen) aufgebracht werden. Das wurde auch vom Eisenbahnrat beschlossen. Der Rest von 81 Millionen Mark sollte aber bestanden werden durch eine Erhöhung der Wagenladungstarife, der Personentaxenstand in den Vorschlägen der Reichsbahn-Gesellschaft nichts, und zwar aus sehr vernünftigen Gründen. Ohnehin bringt die Personenserhöhung schon ein Defizit von über 200 Millionen Mark jährlich. Die letzte Versuch einer Erhöhung der Personentaxen war ein ausgesprochenes Fiasko. Die Vorschläge sind weiter zurückgegangen und eine Erhöhung der Personentaxen bedeutet nichts anderes, als daß das Defizit bei der Personenerhöhung durch Ab-

wanderung auf andere Verkehrsmittel, durch Droppelung des Reiseverkehrs von Seiten der Jahrgänge und durch Abwanderung auf die billigsten Klassen noch verbessert wird. Auf diese unvermeidlichen Folgen einer neuen Verteuerung der Personentaxen, die außerdem noch die Inlandskaufkraft der Massen für andere Industrieprodukte weiter schwächt und mit Sicherheit Lohnbewegungen fördert, haben die Arbeitervertreter aller Richtungen im Reichseisenbahnrat mit allergrößtem Nachdruck hingewiesen. Die Folge war, daß selbst die Vertreter der Reichsbahngesellschaft die vernünftigen Argumente der Arbeitervertreter gegen eine Erhöhung der Personentaxen unterstützten! Die Unternehmervertreter im Reichseisenbahnrat und die übrigen Vertreter des Privatkapitals blieben trotzdem bei ihrer Haltung. Was kümmert sie wirtschaftspolitische Vernunft, was kümmern sie die späteren Sorgen der Reichsbahngesellschaft, wenn sie nur jetzt die drohende Tarifierhöhung von sich auf die Massen abwälzen können. Das Ergebnis war schließlich das Mehrheitsgutachten, das mindestens eine sechs- bis achtprozentige Verteuerung der Personentaxen, selbstverständlich auch hier in erster Linie der niedrigsten Klasse, bringen wird, während die Massenladungen der Industrie gespart bleiben. Freilich ist das Problem ausreichender Einnahmen für die Reichsbahn in hohem Maße ernst, und die Arbeitnehmer haben im Reichseisenbahnrat selbst mit allem Nachdruck auf diese Schwierigkeiten und auch darauf hingewiesen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft angesichts der wachsenden Konkurrenz anderer Verkehrsmittel, besonders des Lastwagens und der Binnenschifffahrt, in bestimmter Weise entlastet werden muß, um Tarifierhöhungen überhaupt überflüssig zu machen. Sie haben darauf hingewiesen, daß die Reichsbahn selbst unbedingt zu dem Prinzip zurückkehren muß, Erneuerungen, die einen echten Anlagezuwachs bedeuten, unter allen Umständen auf Anleihe zu nehmen, was leider bei der Reichsbahn viel zu wenig geschieht ist. Sie haben gleichfalls erklärt, daß es keineswegs ein Unrecht wäre — nachdem die Binnenschifffahrt teilweise subventioniert wird, die Kraftwagenkonkurrenz im Gegensatz zur Reichsbahn, die ihre gesamten Schienenwege selbst bezahlen muß, zum Straßenbau nur wenig beiträgt — wenn die konkurrierenden Verkehrs-mittel der Reichsbahn eventuell in gerechter Weise steuerlich zugunsten der Reichsbahn belastet oder zum mindesten diese Konkurrenz der Reichsbahn auch zur Aufbringung der Reparationslast herangezogen würden. Auch ist es ein Unrecht, die Reichsbahn die Gesamtlast jener Reparationslast tragen zu lassen, die aus Kriegsschäden besteht, während die Reparationslast, die im Jahre 1929 mit 510 Millionen Mark die gesamten Bezüge der an der Reichsbahn tätigen Arbeiterkraft betrug!

Das Durcheinander bei den Deutschnationalen

Die rechtsstehende „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ weiß über die Vorgänge innerhalb der deutschnationalen Partei u. a. folgendes zu melden: „Vor einigen Tagen rechnete man mit einem Austritt von mindestens acht Abgeordneten und mit ihrem Uebertritt zu der Volkspartei. Es handelte sich hier wohl in erster Linie um die Abgeordneten Bachmann, Kademacher, Straßmann, Haglacher, v. Richtigshofen, Bazille, Organder und Lind. Die Tatsache jedoch, daß die besprochenen Elemente in der Sonderkonferenz in der Mehrheit blieben, hat zu einem vorläufigen Kompromiß geführt. Damit sind freilich die offensibaren Gegensätze in der Partei nicht ausgeglichen. Sie werden vielmehr immer wieder in Erscheinung treten, wenn Staatsfragen zur Abstimmung stehen (wie z. B. ein unzureichendes Disprogramm), denen der sogenannte Jugenderflügel nicht zustimmen kann. Es hat sich im übrigen herausgestellt, daß der Abg. Kademacher nicht, wie bisher gemeldet, für eine verständliche Formulierung der Erklärung gestimmt hat. Er hat sich vielmehr für die erste, weitaus schärfere Form eingesetzt. Die Führung der Dn. Pp. hat sich bisher zu den Vorgängen nicht geäußert. Wahrscheinlich wird sie aber von sich aus nichts tun, um denjenigen Abgeordneten, die gewissermaßen auf dem Abgrund stehen, diesen Weg zu erleichtern. Man rechnet anheimelnd vielmehr damit, daß die in allen Parteien sich abendende Fortentwicklung von selbst zu einer Klärung der Lage und zu einer Scheidung der Geister führen wird.“

Ghandi verhaftet

Paris, 5. Mai. (Cigner Funtbericht.) Wie die Radio-Agentur aus Bombay berichtet, ist der indische Freiheitsführer Ghandi in Surat verhaftet und ins Gefängnis von Poona eingeliefert worden.

Eine Lüge der „Roten Fahne“

Der Antifaschistische Pressedienst schreibt: Die „Rote Fahne“ vom 1. Mai d. J. brachte im Rahmen eines Rüdliks auf die tief bedauerlichen Vorfälle bei der Mat-feler von 1929 unter der Ueberschrift: „Otto Braun wünscht Lote auf Reparationskonto“ die Behauptung, daß Otto Braun auf einer Tagung sozialdemokratischer Führer erklärt habe: „Wenn es am 1. Mai auch ein paar Lote gibt, so ist das in Anbetracht der Reparationsverhandlungen gar nicht so übel.“ Dagegen wird berichtet, daß Otto Braun das niemals zu demütigen gewagt habe. Hierzu ist zu erklären, daß eine solche Behauptung des Reichseisenbahnrates Ministerpräsidenten selbstverständlich niemals und bei keiner Gelegenheit erhoben ist. Es handelt sich um eine infame Agitationslüge der „Roten Fahne“. Der Reichseisenbahnrat Ministerpräsident Straßmann wegen dieser Lüge.

Erste Lesung des Etats beendet

Reichstag verlegt sich auf den 15. Mai

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Der Reichstag hat am 14. Mai die erste Lesung des Etats beendet. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden. Die Verhandlungen über den Etat für 1920 sind am 14. Mai im Reichstag beendet worden.

Wie die Deutschnationalen sich lieben?

Die „Deutsche Tageszeitung“ wirft der „Deutschen Zeitung“ dieselben Vagen vor

Einem Gradmesser für die Stimmung im Reichstag ist die Deutschnationale Partei. Die Deutschnationale Partei ist die stärkste Partei im Reichstag. Die Deutschnationale Partei ist die stärkste Partei im Reichstag.

Die Deutschnationale Partei ist die stärkste Partei im Reichstag. Die Deutschnationale Partei ist die stärkste Partei im Reichstag. Die Deutschnationale Partei ist die stärkste Partei im Reichstag.

Die Deutschnationale Partei ist die stärkste Partei im Reichstag. Die Deutschnationale Partei ist die stärkste Partei im Reichstag. Die Deutschnationale Partei ist die stärkste Partei im Reichstag.

Die leichtfertige Finanzpolitik der Reichsregierung

Schon wieder wird ein Loch in den Finanzen aufgeflickt

Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstages, die Finanzpolitik der Reichsregierung zu bestimmen. Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstages, die Finanzpolitik der Reichsregierung zu bestimmen.

Das Urteil im Bromberger-Prozess

Bromberg, 2. Mai (Eigener Bericht)

Im Bromberger Pfadfinder-Prozess wurde Freitag-Nachmittag das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte, Gymnasiallehrer Burckhardt, erhielt ein Jahr Gefängnis. Der Beamte des deutschen Parlamentsbüros Kieffe und Elektrotechniker Frey wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der vierte Angeklagte Burow wurde freigesprochen. Die Verteidigung hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Urteil hat in den deutschen Minderheitkreisen in Polen große Erregung hervorgerufen. Die Angeklagten waren des Verrats militärischer Geheimnisse und der Beihilfe zur illegalen Ueberschreitung der Grenze nach Deutschland angeklagt.

Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von André Keuze

Autorisierte Uebersetzung von Fred A. Angermayer
Copyright by Büchergilde Gutenberg Berlin

Gerade du aber müdest mir ewig dankbar sein, daß ich dir ermöglicht habe, dieses Rennen mitzufahren. Schmerzen ertragen ist edel und schön und begeistert die Massen! ... Warum ist der mittelmäßige Labourer so populär? ... Na, kannst du mir's sagen? ... Weil er etwas ausstößt, der Kerl! ... Weil er nicht kleinzufragen ist, und wenn ihm die Knochen noch so weh tun! ... Und Tampier? ... Glaubst du, der hat voriges Jahr die Rundfahrt im Schlaf und mit einem Gesundheitszustand gewonnen? ... Ja nicht auch der kleine Crausse vor einigen Jahren mehrere Etappen, mit großen Furunkeln am Hintern, handhaft durchgeschlafen? ... Das sind eben echte Giganten der Straße, verstehst du? ... Na, und du, müdest du vielleicht ewig eine Wange bleiben? ... Doch es dich nicht auch, zu den Etappenrennen geübt zu werden? ... Ja aber nein? ... Ich möchte mir vor allem ein hinteres Gefühl, Herr Ballu! ... Das ist ja sein toll! ... Ich bin nun Ballu und rede die Arme zum Himmel. ... Was habe ich in den bisherigen Etappen verdient? ... Sagte nun Bouillaboug, „Wange dreinunddreißig Franken! ... Wenn das so weiter geht, bringe ich's vielleicht bis Paris auf ganze vierhundert Eier, und das in einem Rennen, das einen Monat lang dauert und über 8000 Kilometer geht! ... Da läßt ich doch lieber zu Hause irgendeine lokale Rundfahrt mit und verdiene 2000 Franken dabei, ohne mich anzustrengen, Herr Ballu! ... Na, das also ist! ... Die ganze Jamperel um deinen Allerwertesten war nur Kohl! ... Rennen wir mein Vögel! ... Am liebsten müdest du in jeder Etappe der Beste sein und ein Vermögen dabei verdienen, was? Nein, nein, das gibst du nicht, mein Junge! ... Über nach Verdun! ... Der Korporal hat nicht die gleiche Meinung wie der Ober! ... Aber trotzdem, Herr Ballu, dreinunddreißig Franken! ... Das ist endlich mal auf dem Punkt! ... Na, die Rundfahrt wie ich? ... Hast du etwa meine Etappen? ... Kannst du wissen, ob ein Domobauer oder ein Malotier in Verdun, wo die Berge richtig ansteigen, überhastet noch im Rennen ist? ... Bis zu hundert Kilometer müssen mich noch gehen lassen, und du lägst in der Gesamtwertung mit 8000 Kilometern an neunzehnter Stelle. ... Aber sagst dir denn, daß du in Toulon nicht Zehner oder Elfter bist? ... Ja, hast du etwa gar gehofft, Elfter zu werden und Locomotiven wie Bouarre und Laboureur oder gar Klafffahrer wie Blanc-Mesnil und Argentero abzuhängen? ... Sei froh, wenn du die Rundfahrt überhaupt durchstehst! ... Das wäre schon ein ganz schöner Anfang für einen Klafffahrer, wie du einer bist. ... In einem so großen Rennen bist du noch der reinste Lehtjunge, verstanden! ... Das ist doch nicht wie Paris-Tours, oder Paris-Brüssel, ja, nicht einmal wie Bordeaux-Paris, sondern das ist die Rundfahrt um Frankreich, das heißt Energie gegen Energie, Wille gegen Wille, Ausdauer gegen Ausdauer und Kopf gegen Kopf! ... Siehst du, das ist Sport, das ist schön! ... Wenn ich „Rund um die Provence“ mitfahre, ist das vielleicht kein Sport? ... Du bist ein Dickschädel und willst mich nicht begreifen. ... Man gibt dir die Möglichkeit, in der Großen Oper zu singen, und du irrst wohl lieber in einem Vorstadt-Tingeltangel auf, was? ... Schon gut, mein Junge, schon gut! ... Ich werde eben der Generaldirektor von „Brillant“ erklären: Ich habe mich geirrt, meine Herren, ich bin ein Idiot. ... Ich habe Ihnen einen zukunftsreichen Fahrer empfohlen zu haben, und muß nun zugeben, daß Bouillaboug eine tote Wange, ein kleiner Krebs ist! ... Na, das habe ich doch nicht behauptet, Herr Ballu. ... Ich rede ja hauptsächlich von den dreinunddreißig Franken! ... Ballu wollte gerade wieder loslegen, als Kiffin mit ganz verkörperten Miene in die Halle trat. ... Weißt du das, Kneufel? ... Le Boque ist erledigt! ... Seine Landaleute haben ihn so gefeiert, daß er jetzt total betrunken ist. ... Aber total! ... Was habe ich dem Burischen nicht vorher für gute Ratschläge gegeben! ... Kreuzbrennerwetter noch mal! ... Im übrigen hättest du ihm nie erlauben dürfen, an diesem Frühstück teilzunehmen. ... Wie der morgen starten soll, ist mir zunächst ein Rätsel! ... Wo ist er denn? ... fragte Ballu, der seinen Jörn kaum mal sehen konnte. ... Noch immer auf dem Bankett ... Singen tut dieser Burische, na! ... Lebendig Ballu nun Bouillaboug sehen und rannte, von Kiffin gefolgt, aus der Halle. ... Nach einer Weile sagte Tampier: ... „Beliebt, Le Boque ist fertig!“ ... Dann sagte er, Bouillaboug vielsagend anblickend, hinzu: ... „Morgen werden sich zwischen Best und Les Sables große Dinge für den „Brillant“ abspielen, natürlich sind nur solche Fahrer daran beteiligt, die noch im Rennen verbleiben.“

Waffenfund bei einem Sportklub

Ein Reichsbeamter schwer belastet

Der Berliner Postgelehrter teilt mit: Am 7. Mai um 7 Uhr morgens, wurden die an dem Postgelehrter am Sitzort des Reichsbeamten Dr. phil. Lübben nach Waffen und Munition durchsucht. Dabei wurden man eine beträchtliche Menge von Waffen und Munition gefunden. Es wurde ein Gewehr (Modell 98), sieben Scherens (Kilogramm), drei Trommelrevolver, fünf Handwaffen verschiedener Konstruktion, zwei Seitengewehre, eine Patrone und eine erhebliche Menge sonstiger Munition, sowie eine beträchtliche Menge für Maschinenpistolen; außerdem wurden eine Anzahl Handwaffen gefunden. Lübben war früher Mitglied des Reichsbundes und will jetzt der Deutschnationalen Partei angehören. Verschiedene Mitglieder des Deutschen Sportklubs haben sich ebenfalls mit der Beschaffung von Waffen beschäftigt. Gegen sämtliche ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Immer neue Stgeseke

Und immer neue Belastung des Reiches.

Das Kabinett brütet noch immer über das Subventionsgesetz für die Ostmarken, und es scheint, als ob die immer schwieriger und der Ostmarken immer unentwirrbarer. Aus den bisherigen sechs sind jetzt bereits neun Stgeseke geworden, zu denen das Rahmengesetz und noch besondere Moratoriumsvorlage hinzukommen.

Neu ist der Vorschlag eines Gesetzes über die Errichtung einer deutschen Abfindungsbank, die vor allem zweifelhafte Hypotheken beschaffen und gewähren soll. Zur Kapitalbeschaffung soll diese unter Reichsaufsicht stehende Bank Schatzanweisungen unter Reichsgarantie ausgeben. Hier droht eine neue Verlustquelle für das Reich; denn mit Reichsgarantien sollen Kapitalkredite eröffnet werden, die auf normalem Wege offenbar nicht zu beschaffen sein würden. Ein weiteres Gesetz will die Funktionen der Rentenbank-Kreditanstalt, die eigentlich schon längst hätte verschwinden sollen, noch erweitern und zwar soll einmal die bisherige Beschränkung der Bank bei der Personalkreditgewährung beseitigt und sodann die Möglichkeit eröffnet werden, sich an der Preussischen Zentralgenossenschaftsbank zu beteiligen und weitere Anleihen aufzunehmen. Die Mittelstandspartei hat auch diesmal offenbar wieder noch besondere Zugeständnisse für die Hausbesitzer des Ostens verlangt. Für die Instandsetzung verfallener Altmwohnungen in Stadt und Land sollen nach dem dritten neuen Gesetz besondere Haushaltsmittel verlangt werden. Also eine neue Belastung des Reiches und auch des Ansehens der Brüning-Regierung durch einen neuen Streich der Mittelstandspartei. Vor dem Generalmoratorium für den Osten hat man Angst bekommen. Man will jetzt ein beschränktes Moratorium auf 3 Monate, das offenbar dazu dienen soll, die Durchführung des Ostprogramms sicherzustellen, ohne daß in der Zwischenzeit Versteigerungen durchgeführt werden dürfen.

Nach alledem wird das Ostprogramm ein immer gefährlicheres Monstrum. Man muß die Rechtsparteien dieses Bürgerblocks bewundern, mit welcher naiven Selbstverständlichkeit sie der Deffenlichkeit immer wieder neue Unmöglichkeiten vorzusehen wagen.

Deutschnationale Korruption

Ein deutschnationaler Landrat wirtschaftet in die eigene Tasche

Hannover, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der sozialdemokratische „Volkswille“ berichtet in seiner Samstag-Ausgabe über eine Angelegenheit, die den Landrat im Kreis Kleine-Deer, den Vorsitzenden des Hannover-Provinzialausschusses, betrifft. Kleine ist einer der drei in Provinz Hannover disziplinierten Landräte. Er ist, nach dem „Volkswille“, noch während seiner Amtszeit wirtschaftlich verfahren, in seine eigene Tasche zu wirtschaften. So habe z. B. Kleine im Jahre 1926 den Kreis aus sich zu einer letzten Landratswahl schicken müssen, und zwar in der Absicht, ihm bei seinem Ausscheiden aus dem Amt im Jahre 1931 neben der ihm zufließenden staatlichen Pension einen durch nichts gerechtfertigten begründeten Vermögenszuwachs in Höhe von 30 000 Mark auf den Kreis zu verzeichnen. Kleine hat sich dazu verpflichtet, das dem Kreis überaus ordentlich schlecht gehe, der deutschnationale Landrat Kleine es fertig zu bringen, dem Kreis aus sich einen von ihm selbst handschriftlich besiegelten Bescheid vorzulegen, wonach der Kreis für den Landrat der Kreispartei auf Sparbuch den Betrag von 30 000 Mark einzahlen sollte. Diese Einzahlung sei erst, obwohl das Geld in der Kreiskasse dafür nicht vorhanden ist, die Kreispartei habe vielmehr mit einem geringen Defizit versehen, das dann um diesen Betrag von 30 000 Mark erhöht sei. Die Scheibung sei damit begründet worden, daß 10 000 Mark zur einmaligen Abfindung an den Landrat für den Verzicht auf die ihm vom Kreis zu zahlende Kaufmännische Pension gezahlt werden sollte. Diese hätte von 1926 bis 1931 noch nicht einmal 10 000 Mark ausgemacht, also im nächsten Jahre beim Ausscheiden des Herrn Kleine dem Amt ihm das Sparbuchbuch ausgehändigt worden wäre, hätte es sich nicht nur um den Betrag von 30 000 Mark, sondern auch um Zins und Zinseszins, d. h. um mehr als 50 000 Mark gehandelt, auf die er nicht den geringsten Anspruch hätte.

Der Kreisrat — so schloß der „Volkswille“ seine Artikel — „habe von dieser Manipulation bis auf den heutigen Tag nicht ein einziges Wort zu hören bekommen. Jetzt wird er allerdings damit zu befaßt haben. Interessant ist noch, daß Kleine sich nicht geschämt hat, zum Zwecke der Täuschung preussischen Innenministers in einem Bericht über Nebenbezüge unrichtige Angaben zu machen. Er behauptet zwar, daß er großzügig auf seine Dienstverpflichtung verzichtet habe, nicht aber, daß dieser Verzicht von dem Kreis mit 30 000 Mark bezahlt werden sollte.“

Wirth hat das Vertrauen des Stahlhelms

Schwerin, 5. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Im Verlauf eines hier abgehaltenen Bundestages des Stahlhelms äußerte sich der Vorsitzende dieses Clubs im Bericht des Reichsinnenministers Dr. Wirth über die Abhaltung der in Aussicht genommenen Besprechung über Stahlhelmsverbot in Rheinland und Westfalen wie folgt: „Wenn wir dem Reichskabinett eine Chance gegeben hätten, so wollten wir ihm die Möglichkeit lassen, dem festen Willen der deutschen Regierungsmittelfreie zuzustreben. Die Herren Wirth und Curtius können sich nicht getrennt fühlen, einer meiner Kameraden dem Kabinett noch nicht sein Anliegen aussprechen konnte. Dies hätte kein Grund sein, die Verhandlungen über das Stahlhelmsverbot im Rheinland auszuweichen. Diese Kritik könne eher von den Ministern als Vertrauensvotum gebucht werden.“ Der Reichsbannermann Wirth mit dem Vertrauen des Stahlhelms? Da kann doch etwas nicht stimmen, Herr Wirth!

Hammervolles Benehmen eines nationalen Helden

Roburg, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der frühere nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Volkshullehrer Dietrich in Roburg erhielt eine Verurteilung des sozialdemokratischen Roburger Stadtrates Dietrich eine Geldstrafe von 400 Mark. Dietrich, der wegen Verleumdung und Verunglimpfung bereits zwölfmal verurteilt ist, ist der übelsten Hatztrugbekehrer. Er hatte in einem Wahlkreis die Sozialdemokratische Fraktion des Roburger Rates in der unflätigsten Weise verleumdet und sie der Verleumdung und Futtertrippenswirtschaft geziehen. Das Ausland in Roburg, wo einigen nationalsozialistischen Stadtratsmitgliedern die Verleumdung bestätigt wurde. In der Verhandlung zeigte Dietrich in seiner wahren Natur. Er bestritt völlig die Verleumdung an der Herstellung des inkriminierten Flugblattes, das er zu haben. Erst, als ihm der Richter das beschlagnahmte Manuskript unter die Nase hielt, gab der Held sein Verleumdung aber dann noch die Verantwortung für das Flugblatt auf sich. Ihm doch seine vorgelegte Schulheide verboten habe, Dietrich zu verurteilen. Als er sich überführt sah, ließ er den Richter an, um Gotteswillen von einer Geldstrafe Abstand zu nehmen. Dieser Bitte hat der Richter nachgegeben.

Moldenhauers Pläne

Nur Senkung der Besitzsteuer geplant

Auf der Jahreshauptversammlung des Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsbundes in Bad Eissen erklärte Reichsfinanzminister Moldenhauer:

„Der Haushaltsplan für 1930 sei ausgegliedert, und Sache des Reichstages sei es, durch Zurückhaltung in der Ausgabenbewilligung die unerfreulichen Erscheinungen des vergangenen Jahres an den Mittelmotoren zu verhindern. Allerdings drohe dem Staat Gefahr von der Arbeitslosigkeit. Nach den letzten Berichten lägen die Arbeitslosenziffern um 500 000 über denen des Vorjahres. Zur Steuererleichterung würden mindestens 600 Millionen Mark verwendet werden können, und zwar solle sich die Herabsetzung der Abgaben auf die Kapitalertrags-, Grundvermögens- und Gewerbesteuer erstrecken. Die Kreditgewährung an die Gemeinden sei einheitlich zu regeln. Man denke daran, daß die Gemeinden einer unabhängigen Stelle Rechnung geben müßten. Außerdem sei eine Bürgerabgabe oder eine ähnliche bewegliche Steuer geplant.“

Vogelstraubpolitik der Berliner Demokraten

Nach scharfer Kritik in der Debatte ein lahmender Beschluß

Auf dem Berliner Wahlkreis-Parteitag der Demokraten wurde in der Nacht vom Freitag zum Samstag folgende Entschließung angenommen:

„Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, Wahlkreis Berlin, verkennt nicht die schwierige Lage, in der sich die Reichstagsfraktion nach der Auflösung der Großen Koalition befindet. Er hat nach den Ausführungen des Parteivorsitzenden Koch-Weser zur Fraktion das Vertrauen, daß sie bei allen kommenden Verhandlungen des Reichstages in ihrer Stellung gegenüber dem Kabinett Brüning jederzeit die demokratischen und liberalen Grundzüge zur Durchführung bringen wird.“

Als ob die 28-Mann-Fraktion der Demokraten gegenüber der exreaktionären Regierung Brüning demokratische und liberale Grundzüge zur Durchführung bringen könnte. Die Vergangenheit lehrt das Gegenteil und die Zukunft wird angesichts der Zusammenfügung der Regierung Brüning nichts anderes zeigen. Mit Entschuldigungen der obigen Art verschließt man die Augen vor Tatsachen, die nur einmal nicht wegdiskutieren sind. Aber einmal kommt das dicke Ende für die demokratische Partei doch.

Ein Schwindel Busch's aufgedeckt

Im Zusammenhang mit der Berliner Grundstücksauflösung hat die Staatsanwaltschaft in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Hausverkäufen bei Leuten durchzuführen lassen, die mit dem früheren Stadtrat Busch in geschäftlicher Verbindung standen. Die Ermittlungen führten in erster Linie auf Feststellungen in Holland zurückzuführen sein. Sie sollen ergeben haben, daß die Aktien der Petrola und der Kunzendorfer Werke, von denen Busch behauptet, daß sie Eigentum eines holländers Lutti seien, in Wirklichkeit Busch gehören und Lutti nur eine vorgeschobene Person ist.

Die Schußbündler in St. Pölten

Wien, 5. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Am Sonntag weickten etwa 10 000 Schußbündler aus Wien und Umgebung zum Besuch der Arbeiterschaft in St. Pölten. Die Schußbündler wurden auf dem Bahnhof herzlich empfangen und angesichts des Verbots einer geschlossenen Kundgebung in losen Gruppen zu ihren Quartieren geleitet. Zwischenfälle ereigneten sich nicht, trotzdem der zuständige Bezirkshauptmann in letzter Minute unter dem Druck der Heimwehr die auf dem Rathausplatz vorgesehenen musikalischen Veranstaltungen des Schußbündlers verboten hat. Die Kundgebung der Heimwehr verlief ebenfalls ruhig.

Die Maifeiern in England

London, 5. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Die Maifeiern der Labour Party, die überall eine starke Beteiligung aufwiesen, verliefen ohne Zwischenfälle. Die Londoner Demonstration fand im Victoria-Park statt, wo von sechs Tribünen herab an eine vieltausendköpfige Menge Ansprachen gehalten wurden. In Glasgow beteiligten sich außer den Gewerkschaften und Genossenschaften 40 örtliche Ortsgruppen der Unabhängigen Arbeiterpartei an den Demonstrationen. In der Gegend von Durham, wo der 1. Mai am Sonntag gefeiert wurde, zählte die Arbeiterschaft etwa 300- bis 400 000 Menschen, teilgenommen haben.

Tardieu macht einen Beamtenstich

Paris, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Ministerpräsident Tardieu hat sich von der Festrede zur Jahrhundertfeier in Algerien entbinden lassen unter dem Vorwand, daß ihn die Regierungsarbeit in Paris allzu sehr belette. Tatsächlich hat er die Parlamentsferien abgewartet, um einen großen Beamtenstich in der inneren Verwaltung zu unternehmen. Er hat eine ganze Reihe von Präfekten vorzeitig in den Ruhestand versetzt und an ihre Stelle ausschließlich Leute seines besonderen Vertrauens gesetzt.

Die Präfekten haben als höchste Verwaltungsbeamte der Departements nicht nur wichtige Verwaltungsarbeit zu leisten, sondern ihnen fällt auch die schwierigste Aufgabe zu, die politischen Wahlen vorzubereiten. Da das Innenministerium bisher drei Jahrzehnte lang in der Hand der Radikalen gelegen hatte, waren die Präfektenposten mit Beamten von ausgesprochen republikanischer Überzeugung besetzt worden. An dieser Tatsache hat sich auch unter den Kabinetten Poincaré nichts geändert. Tardieu hat es gewagt, die politische Struktur des Verwaltungskörpers zu ändern, und zwar ausgesprochen im Sinne seiner reaktionären Mehrheitsparteien. Es liegt die Vermutung nahe, daß er seinen Parteigängern von der Reaktion bei der Bildung seines Kabinetts irgend welche Versprechungen hat geben müssen. Ob er aber mit seiner neuen Taktik die Gegensätze zwischen seiner Regierung und den Radikalen mildern können, scheint mehr als zweifelhaft. Auffallend ist übrigens, daß Tardieu auch den Präfekten des Unterelsaß, Borremee, den Poincaré einst zum Kampf gegen den Autonomismus nach Straßburg entsandte, von seinem Posten entziehen hat. Vielleicht will er damit den endgültigen Schlußstrich unter die Autonomistenverfolgungen ziehen.

Paris, 5. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Am Montag vormittag um 11 Uhr tritt in Paris eine Konferenz von Delegierten der hauptsächlich am Young-Plan interessierten Regierungen zusammen. Die Konferenz ist in erster Linie der Emission der Reparationsanleihe gewidmet.

Der „Temps“ teilt mit, daß Amerika und Frankreich je 30 Millionen Dollar der ersten Reparationsanleihe übernehmen sollen. England habe ursprünglich 50 bis 60 Millionen zeichnen sollen, schließlich aber nur 30 Millionen angeboten und sei dann auf 40 Millionen hinaufgegangen. Deutschland werde angesichts seiner schlechten Kapitalanlage nur 5 bis 10 Millionen Dollar übernehmen. Italien und Belgien würden je 10 Millionen zeichnen. Holland habe sich zur Übernahme von 30 Millionen, Schweden von 25 Millionen und die Schweiz von 15 Millionen bereit erklärt.

Französische Vorbereitung der ersten Reparationsanleihe

Paris, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Emission der ersten Reparationsanleihe, die zwischen dem 20. und dem 26. Mai erfolgen soll, begegnet in französischen Bank- und Finanzkreisen lebhaftem Interesse. Die Großbanken haben in den letzten Wochen schon ihre Kreditfähigkeit wesentlich eingeschränkt, um ihre flüssigen Mittel zur Anleihezeichnung zurückhalten. So ist es auch zu erklären, daß der Satz für kurzfristige Kredite in Frankreich eine leichte Anspannung auf 2 1/2 Prozent erfahren hat, während gleichzeitig die Bank von Frankreich ihren Diskont von 3 auf 2 1/2 Prozent ermäßigte.

Die Reparationsanleihe, die schon jetzt mit ihrem Zinsfuß von 5 1/2 Prozent einen starken Anreiz für den französischen Geldgeber besitzt, wird voraussichtlich von der französischen Regierung durch Befreiung von der Einkommen- und Kapitalertragssteuer, genau wie die großen französischen Staats- und Kommunalanleihen, begünstigt. Da sie außerdem wahrscheinlich um einige Punkte unter Pari aufgelegt werden wird, ist ihr eine baldige Hausse an der Pariser Börse sicher. Die französische Regierung wird in die günstigen Dispositionen des Marktes voraussichtlich auszunutzen suchen und noch vor Ende des Jahres den Antrag auf Emission einer neuen, ausschließlich für Frankreich bestimmten Anleihe an die Baseler Zahlungsbank richten.

Der Ruf der Opposition nach dem Sejm

Warschau, 3. Mai.

In ihren gestrigen Fraktionsberatungen haben nunmehr auch die Nationaldemokraten und die Christlichen Demokraten beschlossen, die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Sejmtagung vom Staatspräsidenten zu fordern. Angeblich sollen für den Antrag schon genügend Unterschriften vorhanden sein. Es sollen sich sieben Oppositionsparteien mit mehr als 200 Abgeordneten für die Einberufung erklärt haben.

Das neue Ordensstatut der Sowjetunion

Moskau, 2. Mai.

Am 1. Mai, dem Weltfeiertage des revolutionären Proletariats, veröffentlichte das Zentralkomitee der Sowjetunion gemeinsam mit dem Rat der Volkskommissare in den offiziellen „Iswestija“ eine amtliche Verfügung über die Orden des Sowjetstaates. Danach wird die Zahl der Orden vermehrt. Während es bisher nur den Orden der Roten Fahne und den Orden der Roten Arbeitsfahne gab, ist jetzt auch ein neuer Lenin-Orden und ein Orden des Roten Sterns gegründet worden. Jeder Orden hat nur eine einzige Klasse, jedoch kann er mehrere Mal verliehen werden, wie das bezüglich des Ordens der Roten Fahne bereits Brauch ist. In 26 Paragraphen werden die Ordensstatuten dargelegt. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Geleitet werden dürfen Orden für die gesamte Sowjetunion nur vom Zentralkomitee, die Teilkraaten der Sowjetunion erhalten aber das Recht, auf ihren Gebieten eigene Ordensstatuten zu stiften, die allerdings der Bestätigung der Moskauer Zentralregierung bedürfen. Die Inhaber von Sowjetorden genießen verschiedene Vergünstigungen. Sie erhalten eine monatliche Zahlung von 30 Rubel, ihre Kinder genießen bei Aufnahme in Lehranstalten alle Rechte, auch wenn der Ordensinhaber nicht Arbeiter ist, es sind ferner gewisse Steuerbegünstigungen vorgesehen. Überkannt werden kann ein Orden nur durch besondere Verfügung des Zentralkomitees auf Grund eines gerichtlichen Urteils für Verbrechen. Das Tragen eines Sowjetordens ohne Berechtigung wird streng bestraft. Als gibt es jetzt bald einen richtigen bolschewistischen Klempnerladen.

USA. verleiht Flottenneubau

Washington, 3. Mai. (Eigener Bericht.)

Auf Anordnung der amerikanischen Regierung wurden die in Aussicht genommenen Schiffsaufbauten für die amerikanische Kriegsmarine bis auf weiteres verzögert. Die Verzögerung erfolgte zwecks Verbesserung der Baupläne hinsichtlich der Geschwindigkeit und Ausrüstung der Schiffe. Man ist bemüht, die Schiffe modern zu gestalten, wie die von der japanischen und französischen Regierung in Aussicht genommenen neuen Kreuzer.

Katholische Finanzierungskunst

Mit Nichts ein Studentinnenheim errichtet — eine interessante Vorlage zum Provinziallandtag

Dem Provinziallandtag wird im Laufe seiner heute beginnenden Frühjahrstagung eine Vorlage zugeleitet, die besonderes Interesse verdient, weil sie ein Muster- und Beispiel der in katholischen Kreisen zur höchsten Kunst erhabelten Methode, mit öffentlichen Geldern eigene Gebäude und Anstalten zu errichten, darstellt. Es wird bei dem Provinziallandtag vorgelesen, die katholische Bürgerschaft eine Hypothek

eines Studentinnenheim Coenaculum

Breslau der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte im Betrag von 100 000 Mark zu übernehmen, da die Aufnahme anderer Hypotheken so teuer kommen würde, daß der Weiterbestand der Hypothek gefährdet wäre.

Dieses Studentinnenheim Coenaculum ist die Gründung der G. m. b. H., die drei Gesellschafter, eine Rentnerin in Breslau, eine Anstaltsvorsteherin in Dersdorf bei Dömitz und eine Magister in Breslau zählt und deren jagungsgemäße Bestimmung: Gewährung von Unterstützung an arme hilfsbedürftige Personen durch unentgeltliche Zuwendungen zur Linderung ihrer Not oder zur Abwendung der ihnen drohenden Not sowie zur Bewahrung vor sittlicher, geistiger oder sonstiger Gefahr ist.

Das Gründungskapital dieser Gesellschaft, das wohl teilweise noch bemittelten geistigen Gütern bestehen mag, beträgt rund 100 000 Mark. Trotz dieses geringen Kapitals besitzt sie aber ein Gebäude, das auf 500 000 Mark taxiert wurde

von der Reichsversicherungsanstalt nicht nur mit der gesamten in Aussicht stehenden, sondern bereits vorher mit einer Hypothek von 105 000 Mark zu entsprechend günstigen Bedingungen besichert wurde. Wir wollen an dieser Stelle nicht übersehen, ob es einer gelunden Finanzpolitik der von den bürgerlichen Angestelltenverbänden vorherrschend geleiteten R. f. A. ist, die katholischen Studentinnenheime 205 000 Mark Beitragsgelder an Angestellten (sogar auf 100 Jahre festzulegen (es ist ein Antrag in Aussicht genommen), sondern vorerst einmal feststellen, ob man hier Gelder zusammenkräftigt und dabei zum Teil mit sehr zweckmäßigen Begründungen gearbeitet hat.

Mer die Landtagsvorlage durchsieht, wird ohne weiteres der Eindruck sein, es handle sich hier um eine seit längerer Zeit bestehende Anstalt, die

nicht mehr weitergeführt

werden kann, wenn nicht die besagte Bürgerschaft übernommen und damit die billige Hypothek der R. f. A. vermittelt wird. In der Öffentlichkeit aber kann man einer Vorlage an den Provinziallandtag vom 7. März dieses Jahres entnehmen, daß die Gründung dieses Studentinnenheims „erst jetzt“ — man hätte nämlich schon im April 1928 beschlossen, der Frauenbildung und Frauenwohl G. m. b. H. 20 000 Mark zu schenken und 30 000 Mark zuzuschlagen — zur Durchführung komme. Da die in den genannten Beihilfen, die mit bemerkenswerter Voraussicht an der Provinzialverwaltung teilweise schon im vorjährigen Landtag an unermittelter Stelle unter „Förderung von gemeinnützigen Anstalten für den gedachten Zweck zurückgehalten“ worden sind (wo Had wohl die Zinsen für diese 30 000 Mark eingebracht), nur gegeben werden sollten, wenn die Finanzierung der Anstalt sei, hat die G. m. b. H. mit 60 000 Mark Kapital folgenden Ertrag erzielt:

Finanzierungsplan	
Reichsministerium des Innern, für Inneneinrichtung	10 000 M.
Provinz, Provinzialverwaltung	50 000 M.
Preuß. Kultusministerium	13 000 M.
Darlehen R. f. A.	105 000 M.
Darlehen, vermittelt (!) von der Inn.	
Mission	20 000 M.
Geschenk Innere Mission	3 000 M.
Ev. Oberkirchenrat	3 000 M.
Inm ganzen	237 000 M.
dazu die nun neuerdings aufzunehmende Hypothek der R. f. A.	100 000 M.
ergibt eine Gesamtfinanzierung von	337 000 M.

Von diesen 337 000 Mark sind 20 000 Mark vermitteltes Darlehen durch die Innere Mission, 2000 Mark Geschenk der Innere Mission und 2000 Mark Geschenk des Evangelischen Oberkirchenrats; 308 000 Mark sind also hier in direkter gütlicher Weise

aus öffentlichen Mitteln geköpft

worden, wobei man vor direkten Irrführungen nicht zurückzusehen, denn in der schon genannten Vorlage des Provinziallandtags steht geschrieben, „der Kostenschlag für den Bau des Heimes mit 200 000 Mark ab“, während tatsächlich nicht etwa gebaut, sondern ein bereits bestehendes Gebäude gekauft und adaptiert worden ist. Dieser Kauf muß überdies schon eine gewisse Zeit zurückliegen, denn sonst würde wohl bei der Veranlassung des Antrages auf Rückkaufshypothek nicht schon im 1. Juli ablaufen. Obwohl der G. m. b. H. nun, nachdem sie sich eigener Angabe nur 220 000 Mark für den „Bau“ benötigte, bereits 237 000 Mark zur Verfügung stehen müßten, soll nun die Provinz außer dem großmütigen Geschenk von 50 000 Mark auch die Bürgerschaft von 100 000 Mark übernehmen und so dafür sorgen, daß das katholische Studentinnenheim „für arme hilfsbedürftige Personen“ nicht eingestürzt, obwohl es von der Frauenbildung und Frauenwohl mit grandioser Selbstverständlichkeit

auf eigene Faust gegründet

wurde. Hier wird es sich, ganz abgesehen von einer Reihe grundsätzlicher Fragen, doch wohl empfehlen, daß man vor einem solchen Beschluß einmal nachprüft, wer denn eigentlich diese hilfsbedürftigen Personen sind, die nun schon eine geraume Zeit großmütig im Breslauer Coenaculum unterstützt werden und studieren. Wir glauben annehmen zu können, daß man zu recht erstaunliche Ergebnisse fände. Es besagt ja schon genug, daß die „armen katholischen Studentinnen“ von Hausfrauen und Mägden gebildet werden, die beim Wäscheputzen in schwarzen Strümpfen und weißen Schürzen erscheinen müssen.

Es handelt sich nämlich in Wirklichkeit um ein Heim für ungeliebte, bildungsferne Studentinnen, sondern um ein Institut, das dem ausgeprochenen Zweck dient, durch vorläufige politische Bedingungen — zu Lasten der Allgemeinheit — „Damen“ aus guten katholischen Kreisen in guter katholischer Obhut und geistiger Pflege zu halten. Das aber ist unersetzliches Erträgnis.

Aufgabe der katholischen Kirche, nicht öffentlicher Körperschaften oder einer Deatsma, die, wenn es schief geht, mit baren 60 000 Mark haftet.

Dsthilfe-Konkurrenz

Die Grenzreise fordern Dsthilfe-Monopol

Kaum, daß das Wort Dsthilfe neuerdings in der deutschen Presse, besonders in ihrem propagandistischen Teil, in den Vordergrund getreten ist, geht der Konkurrenzkampf der Gebietskörperschaften, die glauben Anspruch auf Dsthilfe machen zu können, los. Nichts zeigt im Grunde die schweren Gefahren politischer Art, die derartige Zuschußmaßnahmen aus zentralen Quellen so kräftig wie der schonungslose Kampf derjenigen, die nun glauben, alleine Hilfe von Staat und Reich fordern zu können und sich nicht darüber klar sind, daß auch diese Gelder irgendwoher aufgebracht, daß auch diese Mittel Steuergroschen sind.

Kürzlich konnte man beispielsweise lesen, daß der Kreis Hirschberg sich ebenfalls für dringende Hilfebedürftigkeit erklärte und Dsthilfe forderte, weil — er doch an die schlesische Grenze stößt. Diese Grenze existiert zwar seit geraumer Zeit, aber die Notstände sind eben modern und gewinnbringend. Natürlich läßt das nun die Kreise, die durch die Grenzziehung des neuen polnischen Staates an eine neue Grenze, an eine Grenze, die überdies in wohnlicher Weise durch Abwehrmaßnahmen administrativer und sozialpolitischer Natur doppelt und dreifach fühlbar gemacht wird, rücken, nicht schlafen. Daher hat die wohlbestimmte Arbeitsgemeinschaft der Kommunalverbände der mittelschlesischen Ostgrenzreise wieder einmal eine Entschließung gefaßt und darin das Vorrecht der nordniederschlesischen Grenzreise proklamiert. Es heißt da wörtlich:

„Über kaum, daß die Absicht einer Dsthilfe bekannt geworden, sind auch schon wieder zahlreiche Kräfte am Werke, die Wirklichkeit dieser eigentlichen Grenzreise aufzuheben. Kreise, meilenweit von der Ostgrenze entfernt, fordern in völliger Verkennung der durch die ungeheuren Zerstörungen in den Grenzreisen geschaffenen Notlage auch ihre Anerkennung als gefährdete Grenzreise. Die Provinzialverwaltung sowie Wirtschaftsverbände Niederschlesiens fordern Dsthilfe für die ganze Provinz und verfahren bei Parlamenten und Zentralbehörden ihren Standpunkt durchzusetzen.“

Wir verkennen keineswegs die durch die allgemeine wirtschaftliche Not und die mittelbaren Auswirkungen des Friedensvertrages bedingte schwierige Lage der Provinz Niederschlesien. Sie wird durch die beabsichtigte Wirtschaftshilfe zweifellos wesentlich gemildert werden können. Die Dsthilfe aber muß lediglich der Bekämpfung der durch die Grenzziehung verursachten direkten Schäden vorbehalten bleiben, denn selbst für diesen Zweck werden die in Aussicht gestellten Mittel nicht reichen. Viele Jahre werden vergehen, ehe die Wunden, die dem unglücklichen Grenzlande durch die Grenzziehung geschlagen, geheilt werden.

Man macht, wie hieraus zu ersehen, sogar gegen die Provinzialverwaltung mobil (Vorläufig hat man allerdings keine Unterschrift unter dieses Manifest gesetzt) und betont neuerdings den Standpunkt, daß nur direkte Schäden aus der Grenzziehung gebessert werden sollen. Danach käme also nur die Ausschüttung von Mitteln zum Zwecke der Verkehrsregulierung absehnlicher Straßen und Bahnen in Frage, damit würde auch die recht großzügige Hilfe, die man derzeit in verschleierter Form den Grenzreisenden angedeihen zu lassen im Begriffe ist abgelehnt. Ein immerhin bemerkenswerter Standpunkt. Vielleicht wird von den zuständigen Kommunalleitern dieser Grenzgebiete auch bei künftigen Gymnastumbauten gebührend berücksichtigt.

Waldbrand auf dem Sobten

In der Nähe der Försterei Lampadel brach gestern infolge Unvorsichtigens eines Spirituslochers von Ausflüglern ein Waldbrand aus, der infolge der Dürre ungeheuer schnell um sich griff. Ein Versuch der Ausflüglerin, der das Unglück passierte war, das Feuer im Entstehen durch ihren Mantel zu erlöchen, mißglückte. Die Ausflügler erlitten verschiedentlich erhebliche und leichtere Brandwunden. Gäfte aus dem Forsthaus Lampadel und Bauern aus der Umgegend machten sich sofort in selbstloser Weise an die Beseitigung. Trotzdem ist der Waldbestand in fast 3 Kilometer Umkreis vollständig niedergebrannt.

Oberbürgermeister Berger freigesprochen

Gegen den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Berger von Oppeln schwebte bekanntlich seit einiger Zeit ein Disziplinarverfahren, weil besagter Oppelner Bürger der Ansicht gewesen waren, daß Berger bei Kauf und Wiederverkauf eines Hauses seine Stellung innerhalb der Wohnungsfürsorgegesellschaft für Obereschlesien zum eigenen Nutzen mißbraucht habe. Der Bezirksausschuß des Regierungsbezirks Oppeln als Disziplinargericht hat nun in seiner letzten Sitzung den Oberbürgermeister freigesprochen, da ihm unkorrektes Handeln nicht nachgewiesen werden könne.

Provinzieller Kommentar zur Zentrumspolitik

Abgeordneter Willens spricht in Glogau für Konsolidierung der Bürgerblockpolitik

In Glogau sprach der Abgeordnete des Zentrums für den Wahlkreis Liegnitz, Willens, in einer Versammlung seiner Partei über das Verhältnis des Zentrums zum jetzigen Reichskabinett. Da diese Rede durch die Telegraphenagenturen verbreitet wird, soll sie wahrscheinlich eine Art programmatische Rundgebung darstellen, die als solche nicht uninteressant ist. Herr Willens sagte nämlich, nachdem er lang und breit die Gründe des Zentrums für den Eintritt in die Regierungsrückführung dargelegt hatte, daß das Zentrum die Krise bei den Denkmälerarbeiten in der Erwartung verfolge, daß durch die Abkehr von wenigstens 40 Abgeordneten von Hugenberg eine feste Rechte entsteht, die sich konstatierend und insofern dessen arbeitsfähig erweisen würde. Und das wäre ein gesundes Gegengewicht gegen eine überstarke Linke. Das könne das Zentrum erstreben, selbst auf die Gefahr hin, daß die Preußenkoalition in die Brüche ginge.

Dieses rückhaltlose Bekenntnis zu starrer Bürgerblockpolitik verdient entschieden festgehalten zu werden; es ist sicherlich geeignet, unnütze Diskussionen zu verhindern und der Arbeiterschaft die Linke der kommenden politischen Auseinandersetzungen aufzuzeigen.

Der 1. Mai in Polnisch-Schlesien

Der Maifeiertag verlief in Polnisch-Schlesien ohne Störungen. Die Kundgebungen in Katowitz, Wagnitz, Glogau und Myslowitz waren durchweg für sozialistische Zwecke. Die Kundgebungen waren durchweg für sozialistische Zwecke. Die Kundgebungen waren durchweg für sozialistische Zwecke.

In den Vordergrund der nächsten Aufgaben des obersten schlesischen Provinzialrats stellen. Besonderen Beifall erhielt eine programmatische Ansprache der polnischen Genossin Kluczyńska, die ja auch diesseits der Grenze schon oft ein gern gesehener Gast war.

Die Polizei befürchtete anscheinend den Ausbruch der Weltrevolution. Sie hatte daher ihre Beamten mit Karabinern bemannet und ein Heer von Detektiven aufgebottelt, um staatsgefährliche Unterhaltungen festzustellen.

Stechen. Die Augen ausge schlagen. Bei einem nächtlichen Streik wurde dem Kadrierer Hartmann von dem Arbeiter Peter durch Faustschlag ein Auge ausge schlagen und das andere stark gefährdet.

Fahrlässigkeit. Der Bürgermeister von Sabelschwerdt, Geisler, ist bei einer Autofahrt verunglückt und erheblich verletzt worden.

Leben. Eröffnung der Pädagogischen Akademie. Heute wird hier im Beisein des Kultusministers Grimme und des Fürstbischöfs die neuerrichtete Pädagogische Akademie eingeweiht.

Diebstahl. Nächtlicher Überfall. In der Kaupachstraße drangen bewaffnete Eindringlinge nachts in ein Postgeschäft ein und hielten dem infolge der Geräusche herbeieilenden Geschäftsinhaber einen Revolver vor die Brust, indem sie ihn aufforderten, ruhig zu sein, dann werde ihm nichts passieren. Hierauf schlossen sie die im Nebenzimmer schlafende Ehefrau, die ihrem Mann zu Hilfe kommen wollte, ein, um dann in aller Eile große Posten Zigaretten, Seife, Butter und etwa 120 Mark Bargeld zu rauben. Unter Verhinderung der Revolver entsetzten sich die Banditen dann rückwärts gehend und entkamen unerkannt.

Aus der Umgebung

Banditenüberfall im Zuge

In der Nacht zum 2. Mai wurde in einem Abteil der Postverbindung des Personenzuges 230 Breslau-Berlin der Postkassierer Bender aus Obernitz von zwei Banditen überfallen und beraubt. Die Verbrecher bedrohten ihn mit Pistolen und forderten Geld und Wertgegenstände. Der Reisende handigte ihnen hierauf seine Brieftasche mit einem großen Geldbetrag aus. Die Banditen nahmen nach ihrem Mantel an sich, zogen die Postbremse und sprangen aus dem Zug, um in der Dunkelheit im Gebüsch zu verschwinden.

Die Verfolgung verlief zunächst erfolglos. Der Streifen dienst vom Hauptbahnhof Breslau verhaftete bald darauf auf der Landstraße bei Deutsch-Lissa zwei junge Leute auf Fahrrädern im Alter von 18 bis 19 Jahren, auf die die Beschreibung genau paßte. Man fand bei ihnen einen Trommelrevolver, der beschlagnahmt wurde. Geld und Wertgegenstände fand man noch nicht.

Unentgeltliche Mütterberatungsstunden im Landkreis Breslau

- Albrechtsdorf (Ev. Schule): Montag, den 26. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Brodau (Turnhalle): Donnerstag, den 8. und 22. Mai, von 17 bis 18 Uhr. Domschau (Kreisstrankehau): Montag, den 12. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Gnidwitz (Ev. Schule): Montag, den 5. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Herrensandorf (Evgl. Gemeindehaus): Dienstag, den 13. Mai, von 14 bis 15 Uhr. Kattern (bei Dr. Spaeth): Donnerstag, den 1. Mai, von 11 bis 12 Uhr. Klarensau (Kath. Schwesternstation): Dienstag, den 27. Mai, von 16 bis 17 Uhr. Koberwitz (bei Dr. Vogt): Dienstag, den 6. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Kalkwitz (Kleinkinderschule): Montag, den 12. Mai, von 13 bis 14 Uhr. Ketschowitz (Kath. Schwesternstation): Dienstag, den 20. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Groß Mohorn (Gemeindehaus): Donnerstag, den 8. Mai, von 16 bis 17 Uhr. Groß Nüßitz (Trägerstation): Montag, den 19. Mai, von 11 bis 12 Uhr. Olaschitz (Kath. Schwesternstation): Montag, den 5. Mai, von 14 bis 15 Uhr. Rothföhren (Ev. Kleinkinderschule): Montag, den 26. Mai, von 13 bis 14 Uhr. Sadowitz (Kleinkinderschule): Donnerstag, den 15. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Schlagen (Kleinkinderschule): Donnerstag, den 22. Mai, von 11 bis 12 Uhr. Schönau (bei Gastwirt Schulte): Donnerstag, den 1. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Schönborn (Schule): Donnerstag, den 1. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Schottwitz (Schule): Dienstag, den 6. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Steine (bei Dr. Korn): Montag, den 19. Mai, von 14 bis 15 Uhr. Tschowitz (Ev. Schule): Mittwoch, den 7. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Tschowitz (bei Dr. Klose): Dienstag, den 20. Mai, von 15 bis 16 Uhr. Wangers (Kath. Schwesternstation): Donnerstag, den 15. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Wasserjentsch (bei Frau Teubner-Wasserjentsch): Dienstag, den 13. Mai, von 12 bis 13 Uhr. Wilschau (Ev. Schule): Donnerstag, den 1. Mai, von 14 bis 15 Uhr. Wirsitz (Ev. Schule): Donnerstag, den 22. Mai, von 14 bis 15 Uhr. Weidenhof (Kath. Schule): Dienstag, den 20. Mai, von 15 bis 16 Uhr. Woiwitz (Kath. Schule): Donnerstag, den 8. Mai, von 12 bis 13 Uhr.

Sprechstunden zur Bekämpfung der Tuberkulose

Die unentgeltlichen Sprechstunden des Ortsauschusses zur Bekämpfung der Tuberkulose Breslau-Land finden wie folgt statt: in Breslau, Weidenstraße 15 (Kreishaus), jeden Mittwoch und Freitag von 10 bis 11 Uhr, durch Kreisamtsarzt Dr. Ruppe; in Koberwitz jeden Dienstag, von 11 bis 12 Uhr, bei Dr. Vogt; in Margareth am Montag, den 19. Mai, von 12 bis 13 Uhr, in der Schwesternstation; in Neutritz am Dienstag, den 20. Mai, von 11 bis 12 Uhr, bei Dr. Lewin; in Schmalz am Dienstag, den 13. Mai, von 11 bis 12 Uhr, in der Wohnung des Dr. Herrmann.

Groß-Schottgau. Brand im Gemeindehaus. Hier brannte am 2. Mai das Gemeindehaus. Das Feuer wurde von der Freiwilligen Feuerwehr gelöscht.

Brodau. Polizeilicher Wochenbericht. In der Woche vom 27. April bis 3. Mai 1930 wurden folgende Verbrechen zur Anzeige gebracht: Kabfahrerverkehr fünf, Fußballspielen auf öffentlichen Plätzen drei.

Brodau. Vom Arbeiter-Gesangverein. Nachdem der Arbeiter-Gesangverein „Lieberklang“ sieben Jahre geruht hatte, fanden sich am vergangenen Dienstag eine Anzahl ehemaliger Mitglieder zusammen, um die Wiedererrichtung der Tätigkeit zu beraten. Dieses hatte zum Ergebnis, daß sämtliche Erscheinungen wieder ihren Beitritt erklärten und einen provisorischen Vorstand wählten. Dieser legt sich aus den folgenden Gesangsbrüdern zusammen: 1. Vorsitzender: Albert Polner; 2. Vorsitzender: Fritz Eißler; Schriftführer: Willi Bula; Kassierer: Josef Henne. Die Übungsstunden finden jeden Dienstag, abends 8 Uhr, bei Schindler, Heiner, Saal, statt. Alle ehemaligen Mitglieder werden hiermit aufgefordert, in den Übungsstunden zu erscheinen. Alle jugendlichen männlichen Personen von 18 Jahren ab können sich aufnehmen lassen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumark
 Sekretariat, Margaretenstr. 17, Carlshaus (Nebenhau), Zimmer 170-171
 Telefon Nr. 404, 7001
 Gebühre 4-17 2000-10-10 Uhr
 Sonntag, Dienstag, den 4. Mai, abends 20 Uhr, bei Kohn, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Furtmayer.
 Samstag, Dienstag, den 6. Mai, abends 20 Uhr, bei Kohn, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Furtmayer.

Film und Schau

Aliments-Komödie einer Liebe

Der Vater, der auf Seitenherfänge geht und dann reuevoll in die Arme seiner gütigen, begabten und von wahrer Liebe erfüllten, standesamtlich beschleunigten Gattin zurückkehrt, ist ein beliebtes Motiv. Dreht man in Amerika hierüber einen Film, so muß es sich natürlich mindestens um einen Grundstückspekulationen mit hohen Einnahmen handeln, denn menschliche Gefühle, Konflikte usw. werden in Hollywood nur in der Ebene ausreißend gebildeter Scherzblätter für darstellungswert gehalten. Wogegen hieraus wird das alte Thema hier ganz nett variiert und fast spielerisch; nur die Rührseligkeit des amerikanischen happy end ist schwer erträglich.

Milwaukee ist natürlich nicht in Amerika gedreht; so etwas ist „shoking“ und in einem Lande, in dem man die naturgeschichtliche Entwicklungslehre gerichtlich verfolgt, nicht vorführbar. Meistlich ist dieser Film eben deshalb um so viel besser wie ähnliche Erzeugnisse vom anderen Kontinent. Ein bißchen grotesk, ein wenig realistisch wird hier mit viel psychologischem Geschick, aber auch mit dem Bestreben, die Dinge nicht zu ernst werden, Unterhaltung beiden zu lassen, zwei typische Schicksale unehelicher Mütter aus unserer Klasse nebeneinandergestellt. Würde nicht der Schluss in einem dieser Fälle in einer nicht mehr angelegenen, schöngefärbten Utopie des Lebens enden, so wäre das Drehbuch ausgezeichnet. Spiel, Regie und Photographie sind gut durchgeführt und ergänzen sich zu einem sehr ansprechenden Bild, das wohlwollend von der stets ins Kitschige gleitenden Sphärischheit der amerikanischen Filmzeugnisse abweicht.

Das Geheimnis im Schlafwagen

Palast-Theater

Dollarmillionärs-Töchter erleben auf Europareisen so Mannigfaltiges, daß selbst die Meisterschreiber des Romans und der Romanverfilmung das Material gar nicht erschöpfen können. Auch Ludwig Herz und Friedrich Börges schöpfen aus dem gleichen Born. Sie spionierten der von der Malerei und einem hübschen Jüngling begeisterten Miff Cramer auf ihrer Fahrt von Gastein nach Wien nach und verwickelten sie in eine reizende Einbruchdiebstahlsaffäre, die sich natürlich als ganz harmlos erweist, da der Dieb, ein Kriminalromanautor, nur zu Studienzwecken kauft und außerdem ihr Verehrer ist. Gewürzt wird die Sache durch die nebenher verfolgte eheliche Untreue einer Professorsgattin und einen erpresserischen, am Ende aber ganz harmlosen Bösewicht. Der Regisseur Richard Loewenbein hätte dem Stoff, um ihn schmachtlich zu machen, einige weltmännische Züge dazwischen setzen, selbst einige leicht ironische Striche wären von Vorteil gewesen. So macht sich eine Kleinlichkeit breit, die zu niemandem weniger paßt, als zu der unternehmungslustigen, der Aussicht ihrer Angehörigen entfliehenden Millionärstochter. Miss Oswald ist schlichtes Mädel, wo sie den Girl-Typ vertreten könnte, und erreicht auf diese Weise nur schwache Wirkung; besser ist in seine Rolle ihr Gegenstück, Igo Sym, hineingewachsen, während sich Vivian Gibson für in Reue und Liebe zerfließende Ehefrauen absolut nicht eignet. Gut gelang die Photographie Hans Theyers. — Im Beiprogramm ist die interessante Wogenschau zu sehen, die Aufnahmen vom indischen Aufstand und Ghandis selbst bringt.

Die Herrin und ihr Knecht

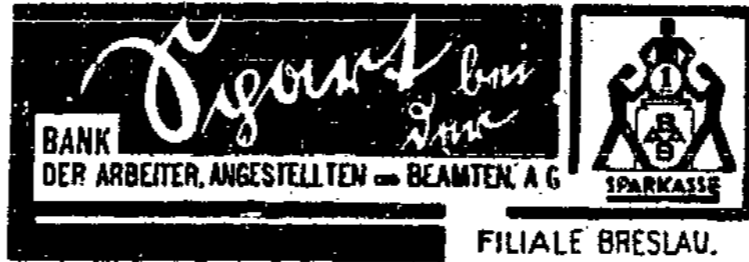
Central-Theater

Einzelschicksale aus der „großen Zeit“ von 1914, bei deren Schilderung große Probleme berührt, aber leider nur zum Teil

so aufgerollt werden, wie es wünschenswert wäre. Henny Porten als deutsche Gutsbesitzerin und Igo Sym als russischer Fürst offenbaren in einem guten Spiel den Unstern, daß sich Liebe etwa durch Grenzspähle, Staatsangehörigkeit oder Kriegserklärung reglementieren läßt, während ein Zwischenpiel andererseits auch jenen Charakter schmeißt, der sich ganz als Feind fühlt und auf seine kriegerische Macht pocht. Sehr sinnvoll berührt die Handlung auch den gegenseitigen Haß der Bevölkerung und des feindlichen Militärs, der mit dem Augenblick der Kriegserklärung zum Ausbruch kam. Hierbei hätte der Regisseur gewiß etwas weitschweifiger und deutlicher werden können. Es ist kaum möglich, dem Film eine antikrieglerische Tendenz nachzurufen, und doch zutreffend er nicht eines gewissen Sinnes, der bei den meisten Film-Neuschaffungen nicht in Erscheinung tritt. — Im Beiprogramm eine amerikanische Groteske „Wolfskrieger oder die Liebe im 40. Stod“ mit allerhand amerikanischer Situationskomik.

* **Freitod.** In der Nacht zu Sonntag hat sich der Marstallbedienteste H. in seiner Wohnung in der Matthiasstraße an seinem Selbstmord erhängt, den er an einem Haken an der Zimmerdecke befestigt hatte. Ueber den Anlaß, der ihn zur freiwilligen Lebensentlassung veranlaßte, ist nichts bekannt. — Sonntag vormittag wurde in ihrer Wohnung in der Friedrichstraße die 78jährige Hausdame L. im Bett liegend tot aufgefunden. Sie hatte sich mit Leuchtgas vergiftet.

* **Selbstmord oder Unfall?** Am Sonnabend gegen 21 Uhr stürzte der 17jährige Maurerlehrling aus der im vierten Stockwerk des Hauses Nikolaistraße gelegenen Wohnung seiner Eltern auf den Hof, wo er mit einem Schädel- und einem Beckenbruch lebensgefährlich verletzt, liegen blieb und kurze Zeit später gestorben ist. Der junge Mann war nur mit einem Hemd bekleidet. Ob ein Unfall oder Freitod vorliegt, ist bisher nicht festgestellt.



Gewerkschaftsbewegung

Brüning spart auf Kosten der Arbeitnehmer

Das Kabinett Brüning baut soziale Einrichtungen der Arbeiterschaft ab, wie folgendes Schreiben des Reichsfinanzministers beweist:

„I. G. 6900/19.4.
Der Reichsminister der Finanzen. Berlin, den 19. April 1930.
An die obersten Reichsbehörden!
Durch meinen Runderlaß vom 20. August I. G. 6381
I. G. 5078

habe ich mich damit einverstanden erklärt, daß den Arbeitern, die 20 Jahre und mehr als Lohnempfänger in einem Betriebsverhältnis bei der Reichsverwaltung gestanden haben, wie bei dem Kriege sogenannte Prämien gewährt werden. Nachdem aber die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der in vorstehender Verfügung genannten Arbeitnehmer durch das Abkommen vom 17. September 1928 (R.V.B. S. 173/174) eingeführt und die Versicherung bei der Zulieferungsanstalt des Reichs und der Länder der Pensionversorgung der Beamten wesentlich angehört ist, erscheint es mir nicht mehr vertretbar, die bezeichneten Dienstprämien weiterhin zu gewähren. Für die Beseitigung dieser Einrichtung spricht auch der Umstand, daß weder bei Beamten noch bei Angestellten eine materielle Anerkennung langer Dienstzeiten eingeführt ist, daß die Fortgewährung der Dienstprämien Anlaß geben könnte, Berufungen von anderen, nicht in der gleichen Weise bedachten Arbeitnehmergruppen auszulösen. Dies gilt in besonderem Maße für die angestelltenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, nach dem Arbeitertarifvertrag entlohnt, aber vom Bezug einer Dienstprämie ausgeschlossen sind. Ich beabsichtige daher die Beseitigung der Dienstprämienzahlung zum 1. Juli 1930 in die Wege zu leiten. Sofern mir bis zum 15. Juni 1930 nicht ein Antrag zugeht, die Angelegenheit im Rahmen der Erache zu bringen, glaube ich, das dortige Einverständnis zur Beseitigung der Dienstprämien entnehmen zu dürfen.

Im Auftrage (Unterstützung) aus. Die Zulieferungsanstalt des Reichs und der Länder hat mit der Dienstprämie absolut nichts zu tun. Die Dienstprämie ist seinerzeit aus rein sozialen Erwägungen heraus den überaus schlecht entlohnenden Reichsarbeitern gewährt worden. Der Hinweis auf die Beamten und Angestellten ist durchaus abwegig. Das ewige gegenseitige Aufputzen von Beamten, Angestellten und Arbeitern ist durchsichtig, als daß es noch Eindruck machen könnte. Bald mag man die Arbeiter gegen die Beamten, bald die Beamten und Angestellten gegen die Arbeiter. Wozu erst faule Ausreden und Beschönigung des Abbaus sozialer Einrichtungen? Die Arbeiter wissen Bescheid. Die Regierung Brüning spart bei den Kleinen und Armen; für die ostelbischen Junker hat sie Geld in Hülle und Fülle.

Wir sind gespannt, was die Zentrumsminister Stegerwald, Wirt und Brüning zu dem Schreiben des Reichsfinanzministers, das bereits an die einzelnen Minister weitergeleitet worden ist, zu sagen haben.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Wasserstand

Kalibor.....	5.5	8.5	Kantern (Unter-Regel) ...	5.5
Reiße (Stadt).....	2.03	2.56	Dyhernfurth.....	4.00
Reißemündung (Unt.-Regel)	+ 0.01	0.40	Walden (Schubhölz).....	2.5
Brieg (Mastentr.).....	2.50	3.68	Walden (Schubhölz).....	3.04
Freschen.....	3.38	4.46	Fürstenberg v. 4.5.....	0.50
	1.98	2.80	Wassermenge + 14.2°	

Kunden-Kredit befreit von Sorgen!

Sie sichern sich gegen Ubertreibung durch die **Kunden-Kredit G. m. b. H., Breslau, Gartenstraße 67 (Capitolhaus)**

Samilien-Anzeigen

Die glückliche Geburt eines gesunden Knaben zeigen an

Hans Behnke
und **Frau Martha**
geb. Sachwitz
Breslau, den 3. Mai 1930.

Ruhe sanft!

Im blühenden Alter von 3 Jahren 4 Monaten ist am 2. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, meine liebe Tochter

Gisela

nach einem längeren, schmerzvollen Krankenlager sanft entschlafen.

Wer sie gekannt hat, weiß was wir verloren haben. Sie war unsere einzige Freundin, unser einziger Stolz, unser Sonnenschein.

In tiefstem Schmerz
Breslau, den 3. Mai 1930
Altenstraße 70

Frau Bertha Paschke, geb. Tischler
und **Großeltern.**

Beerdigung: Dienstag, 6. Mai, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle St. Nikolai in Cosel aus.

Am Freitag, dem 2. Mai, verschied nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter, treuer, gütiger Vater, Schwieger- und Großvater, der

Friedhofgärtner i. R.

Paul Köchel

im Alter von 83 1/2 Jahren
Breslau, Leoschitz, den 2. Mai 1930
Friedhofstr. 12

Im Namen der Hinterbliebenen:
Emma Köchel geb. Pohl.

Beerdigung: Montag, den 6. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel.

Am 2. Mai verstarb plötzlich und unerwartet nach kurzem, schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Onkel, der

Tischler

Ernst Knorr

im Alter von 59 Jahren.

In tiefster Trauer
Breslau, den 5. Mai 1930

Im Namen der Hinterbliebenen
Auguste Knorr nebst Sohn und Schwiegertochter.

Beerdigung: Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 3 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Pohlancwitzer Friedhofes. 7409.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Am 2. Mai verstarb unser Freund und Verbandskollege, der

Tischler

Ernst Knorr

im Alter von 59 Jahren. 1831

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 3 1/4 Uhr, von der Leichenhalle in Pohlancowitz.

Am 2. Mai verstarb unser Freund und Kollege, der

Tischler

Ernst Knorr

im Alter von 59 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Meister und Kollegen
der Tischlerei der L.-H.-B. Werke.

Beerdigung: Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 3 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Pohlancowitz. 1830

Verzogen
nach Neue-Taschenstraße 7

Dr. Dencker, Frauenarzt

Sprechstunden: 11 1/2 - 1, 3 1/2 - 5 1/2 Uhr.

Safecate - vertreten in unserer Zeitung - den ersten Grad!

Zurückgekehrt
Sanitätserat 10070

Dr. Ernst Cramer.

Genossen!
Genossinnen
Eure Familienanzeigen der

Volkswacht!

Einzelne sich.
Kredenzen
von Rm. 100.00 an
S. Brandt & Co.
Gartenstr. 65, I (Rest. Zillerthal)

Zurück
Dr. med. **Brasch-Steinitz**
Etriede
Augenarztin
Gartenstraße 19
v. 11-1 Uhr u. 3 1/2-5
Telefon 20578

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.
Preis 35 Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse des Sprachbruchs! Lernt die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird

Elegante gebr. u. neue Anzüge
Mäntel, Gehrock, Frack- u. Smoking-Anzüge

1837
spottbillig nur im
Leihhaus Kupferschmiedestr. 32

Christopher Addison:

Praktischer Sozialismus

Uebersetzt und mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Hermann Kranold-Steinhaus.

RMk. 2.00

Volkswachtbuchhandlungen
Breslau
Neue Graupenstr. 5, Friedr.-Wilh.-Str. 105, Flurstr. 4

Der Bezirk Mittelschlesien der SPD. sucht für den 1. Juli 1930 einen

Unterbezirkssekretär

für den Unterbezirk Dels, umfassend die Kreise Dels, Trabnitz, Wittsch, Trachenberg, Groß-Trachenberg und Namslau, Wohnsitz Dels, einen

Unterbezirkssekretär

für den Unterbezirk Brieg, umfassend die Kreise Brieg und Ohlau, Wohnsitz Brieg, einen

Bildungs- u. Jugendsekretär

für den Bezirk, umfassend den Regierungsbezirk Breslau, Wohnsitz Breslau.

Verlangt werden:
Rednerische und organisatorisch hervorragende Befähigungen, fünfjährige Mitgliedschaft in Partei und Freien Gewerkschaft. Die Einmündigung erfolgt nach den Bedingungen des Partei- und Arbeiterpresse.

Bewerbungen, denen Lebenslauf und eine eingehende Abhandlung über die Aufgaben eines Sekretärs beiliegen, werden müssen, bitten wir, bis zum 16. Mai 1930, an Bezirkssekretär Paul Lehmann, Breslau I, Margaretenstraße 17, Zimmer 17, Gartenhaus, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzureichen.

Bei Fluggäste vom Propeller getötet

Durch eigene Unvorsichtigkeit kamen am Sonnabend zwei Fluggäste und zwar ein Herr Walter Bartelnes auf dem Flugzeug Chemisch und eine Frau Hartnack auf dem Flugzeug...

Zölllicher Fallschirmabsperrung

Gestern nachmittag fand in der Nähe der Stadt Gelbfern ein Flugtag, dessen Haupt- und Schlussummer ein Fallschirmflug...

Raubüberfall im Personenzug

Der Buchhalter Hans Schäfer, der bei einer Maschinfabrik als Buchhalter angestellt ist, wurde im Personenzug Köln-Cus-

Selbstmord eines Berliner Ingenieurs in Kiel

Aus dem Kieler Hafen wurde am Sonnabend mittag die Leiche eines Berliner Ingenieurs geborgen. Nach Lage der Dinge - bei dem...

Frieda Rothe verhaftet

Die 24jährige Hausangestellte Frieda Rothe, die vor einigen Tagen aus der Wohnung ihres Arbeitgebers, des Berliner Pfandbankdirektors Dr. Frankel, Juwelen im Werte von 20000 Mark gestohlen hatte, konnte in Warschau verhaftet werden.

Freispruch im "Falle"-Prozess

Im Hamburger Menschenraub-Prozess wurden die Reeder Franziska und Felix Ramarski, sowie der Kapitän Klotz auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Reinhardt dreht einen Tonfilm

Die neugegründete Curtius-Melnic-Tonfilm-Produktions-Gesellschaft ist mit Max Reinhardt einen Vertrag ab, der den Regisseur verpflichtet, Offendachs "Pariser Leben" in moderner Neufassung in deutscher, französischer und englischer Sprache tonzudeckeln.

Ein Obert-Denkmal in den See geworfen

Das Denkmal des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, das in Berlin (Neumarkt) aufgestellt worden war, wurde von unbekannten Tätern von dem Seeufer gerissen und in den benachbarten Köpfersee geworfen.

Freitod durch Säulenprung

Ein 29 Jahre alter junger Deutscher namens Gerhard Müller sprang von der obersten Plattform des 60 Meter hohen Columbus-Denkmal in Barcelona auf die Straße, er wurde durch den Sturz tödlich verletzt.

Die Witwe im Bade

Herr Liebig nimmt fittlichen Anstoß

Vom Schöffengericht Berlin-Moabit wurde ein Kaufmann Liebig wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Mensch soll keinesgleichen nicht beleidigen, auch wenn er glaubt, dazu berechtigt zu sein. Viele Dinge sind weit komplizierter, als es zuerst den Anschein hat.

Spunkt kräftig aus. Sie sollten sich was schämen, Sie Schwein! Haben Sie denn gar kein Schamgefühl mehr? Nach diesen, mit männlicher Energie hingeschmeterten Worten setzt er sich eilig in Trab, einesteils wohl, um allen Verhörungen auszuweichen, andernteils, um die Organe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gegen derlei groben Unfug der entfesselten Natur aufzurufen.

Ein Sturm im Bierglas

Auch England hat seine alkoholischen Sorgen

In England ist die Biersteuer erhöht worden. Es ist selbstverständlich, daß mit dem Pathos der heiligen Ueberzeugung zahllose Stimmen des Für und des Wider ertörten. So heißt beispielsweise Sir Edgar Sanders, ein Mitglied der Schöbde, die für die Schantlizenz zukünftig ist, in London eine Rede, in der er zwar gegen die Spirituosen Lössz, das Bier aber in Schutz nahm.

haben Penny vor. In der Begründung seines Antrages wurde der Redner sehr gefühlvoll und sozial, wie man das sonst von Agitatoren keineswegs gewohnt ist - in Vorkriegszeiten wenig wie in Großbritannien. Sir Wayland hielt im wahren Sinne des Wortes eine Bierrede, die von dem Hause mit viel Heiterkeit aufgenommen wurde.

Eine Frau bricht Lindberghs Rekord



Die französische Fliegerin Lena Bernsto in hat mit einem Fendelflug von fast 30 Stunden nicht nur den Flugdauerweltrekord für Frauen um mehr als neun Stunden geschlagen, sondern auch den Weltrekord für Alleinflieger, den bisher der Ozeanflieger Lindbergh besaß.

Wirbelsturm in Japan

Zahlreiche Menschenopfer. Die Inseln Sachalin und Hokkaido wurden am Freitag und Sonnabend von einem schweren Wirbelsturm heimgesucht. Hunderte von Personen werden vermisst, da der Sturm zu einer Zeit ausbrach, als tauende von Fischen im See befangen. Bisher wurden 94 Leichen geborgen.

Eröffnung der Weltausstellung in Lüttich

Am Sonnabend nachmittag wurde die internationale Ausstellung der Großindustrie und der angewandten Wissenschaften eröffnet. Eine Abteilung der Ausstellung ist der alten wallonischen Kunst gewidmet. Die Begrüßungsrede wurde von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Ausstellung, Digneffe, gehalten.

Flugzeugunfall in der Schweiz

Am Sonnabend nachmittag unternahm in Basel der Verleger der Zeitschrift "Individualität" Wilhelm Störker aus Dornach, mit einem Stuttgarter und einem Bielefelder Bekannten vom Flugplatz Gerrensfeld einen Flug in die Jura-Berge. In der Nähe des Ausflugsortes bei Gempfen-Stollen kam die Maschine in dem Augenblick, als Störker Bekannten zumsteigen wollte, anknirschend mit den Baumkronen in Berührung und stürzte ab.

Das rote Kolleg

Zur Eröffnung der Bundeschule der ADGB.

Alle großen politischen Weltgestalten, die auf weite Sicht...

Im Norden von Berlin, noch im Atembereich der Weststadt...

Wer sind nun die Schüler, die in der Waldschule bei Bernau...

Die Arbeitsräume sind von wahrhaft vorbildlichem...

Dem roten Kolleg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes...

Kurzarbeiterunterstützung freilich verlängert

Die Geltung der Kurzarbeiterunterstützung ist vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt freilich verlängert...

Das folgende Kurzarbeitergeld ist ein neuer Beweis dafür...

Die IGG, Schlesiens ruft

die arbeitende Jugend zu einem Treffen am 19. und 20. Juli 1930 in Breslau auf.

Stunden der Freude sowie Stunden gemeinsamen Bestimmens...

Doch nicht nur die Jugend wird feiern; der Bergbau-Industriearbeiterverband beruft seine Vertreter nach Breslau...

Jungarbeiterinnen, Jungarbeiter! Rüstet zum Jugendtreffen...

Achtung! Siegelarbeiter!

Bei der Firma Höfer & Co. in Cannstadt (Württemberg) steht seit dem 23. April die gesamte Belegschaft in Streik.

war der Versuch der Firma, die Affordable der zu kürzen...

Die bis zur Stunde geführten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts sind an der Starrköpfigkeit der Firma gescheitert...

An alle Ziegler ergeht der Appell, bei der Firma Höfer & Co. in Cannstadt keine Arbeit anzunehmen...

Beispiellose Ausbeutung von Kinderarbeit

herrscht in den holländischen Teefabriken auf Java. Der Generalinspektor Pastor stellte anlässlich einer Besichtigung in Malang fest...

Massenhaft arbeitsloses Geld

Während in der ganzen Welt viele Millionen Menschen wegen Arbeitslosigkeit feiern müssen...

Für die Wirtschaftslage und Wirtschaftsentwicklung sind diese Verbilligungsbedürfnisse beim Geld leider kein gutes Zeichen...

Die überraschend einseitige und plötzliche Geldverbesserung in der Welt hat freilich noch eine besondere Ursache.

Dass in Deutschland die Arbeitslosigkeit des Geldes nicht geringer ist als in der übrigen Welt zeigt auch der letzte Ausweis der Reichsbank vom 30. April.

Jahresabschluss der Reichsbahngesellschaft für 1929

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat im letzten Jahresabschluss einen vollen Monat früher als im letzten Jahre veröffentlicht.

Table with 2 columns: Year (1925-1929) and Revenue (Millions of Marks).

Die Ausgaben der Betriebsrechnung stiegen von 4,29 Milliarden im letzten Jahre...

Der verbleibende Betriebsüberschuss ist mit 680 Millionen um 4,8 Millionen niedriger ausgewiesen als im Jahre 1928.

Angeht das neue Vorstoß der Reichsbahnverwaltung zur Erhöhung der Tarife...

Die Absatzentwicklung der Konsumvereine

Am 1. März wieder recht stark unter der Arbeitslosigkeit. Der durchschnittliche Umsatz pro Kopf...

Die Reichsbank Nationalbank hat ihren Diskontsatz auf 8 Prozent ermäßigt.

Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau

Das erste Arbeiter-Schwimmfest im Breslauer Stadion

Gesellschaftsspiele am 11. Mai

Am 1. Mai... Die A-Mannschaft... die B-Mannschaft...

Die A-Gruppe hatte ihre größte Stärke in der Hintermannschaft... die B-Mannschaft...

Am Spiele selbst: Punkt 5 Uhr gibt der Schiedsrichter den Ball frei... die A-Mannschaft... die B-Mannschaft...

Das erste Arbeiter-Schwimmfest im Breslauer Stadion

Das Jubiläum des 'Poseidon' am Pfingstsonntag... das erste Arbeiter-Schwimmfest...

Kreisfest der schlesischen Arbeiter-Athleten

Die größte Veranstaltung im 1. Kreis Schlesien des Arbeiter-Athletenbundes... Kreisfest der schlesischen Arbeiter-Athleten...

Fußballresultate aus dem Waldenburger Bergland

Stern-Landesklub - Weill-Kellhammer 1:2 für Kellhammer... Waldenburg - Ring-Sandberg 2:0 für Waldenburg...

Bezirks-Sportfest der Arbeiter-Athleten

Im Clubhaus Lunapark brachte der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes... Bezirks-Sportfest der Arbeiter-Athleten...

Arbeiterporttage 1930

Die Veranstaltungen in Breslau-Deutsch-Vijša fanden im Jahre 1929 durch die Eingemeindung... Arbeiterporttage 1930...

Fußball-Serienspiele

Als Spieltage kommen in Frage für Sportlerinnen: Sonntag, 11. 5. im Eichenpark... Fußball-Serienspiele...

Fußball-Serienspiele am 11. Mai

Die Reihenfolge ist: Zeit, Vereine, Platz, Schiedsrichter... Fußball-Serienspiele am 11. Mai...

Jugendmannschaften

10,00 Uhr: Bratolawia I - Halle I; Bilgwiese, Aulke... Jugendmannschaften...

Seniormannschaften

10,15 Uhr: W. I. I - W. I. A. I; Sandau, Berlin... Seniormannschaften...

Die Reihenfolge lautet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter... Gesellschaftsspiele am 11. Mai...

Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau

Wohnungsausleih. Leider hat es sich gezeigt, daß die der bereitgestellten Quartiere sehr gering ist... Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau...

Notizen

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau e. V. Mittwoch, 14. Mai, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus... Notizen...

Anspornen der Freien Turnerschaft Breslau e. V.

Infolge der geringen Beteiligung von Schülern... Anspornen der Freien Turnerschaft Breslau e. V....

Handball beim Anspornen F. T. B. 6. Abteilung

Handball beim Anspornen F. T. B. 6. Abteilung... Handball beim Anspornen...

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Jugendabteilung

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Jugendabteilung... Freie Turnerschaft Breslau e. V. Jugendabteilung...

Wasserport

Schwimmverein Poseidon und Freie Rudervereinigung... Wasserport...

Freie Rudervereinigung Breslau e. V. - Erwerbsloze

Freie Rudervereinigung Breslau e. V. - Erwerbsloze... Freie Rudervereinigung Breslau e. V. - Erwerbsloze...

Handball

U.S.B. Südost 19, Abteilung Handball... Handball...

Athletik

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirksjugendleitung... Athletik...

Freie Sportvereingung 1897

Freie Sportvereingung 1897... Freie Sportvereingung 1897...

Sportvereingung Nordost 03, e. V. Abteilung Distanz

Sportvereingung Nordost 03, e. V. Abteilung Distanz... Sportvereingung Nordost 03, e. V. Abteilung Distanz...

Sportvereingung Nord-Ost, e. V. Jiu-Jitsu

Sportvereingung Nord-Ost, e. V. Jiu-Jitsu... Sportvereingung Nord-Ost, e. V. Jiu-Jitsu...

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer, Ortsgruppe Breslau

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer, Ortsgruppe Breslau... Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer, Ortsgruppe Breslau...